



MEDIENMITTEILUNG

Der Entscheid der Kommission Energie, Verkehr und Umwelt (KEVU) wird durch den Gemeinderat sehr differenziert beurteilt. Er ist zwar unerfreulich, beinhaltet gleichzeitig wichtige Hinweise für die künftige Entwicklung am Flughafen. An der Haltung des Gemeinderates zur Sache ändert dies nichts.

Die KEVU beantragt dem Kantonsrat, der Weisung an die Vertretung des Kantons Zürich im Verwaltungsrat der Flughafen Zürich AG, zuzustimmen. Die Verlängerung der Piste 28 ist ein wichtiges Kernstück der Weisung. Begründet wird der Entscheid mit dem Bedürfnis, die Sicherheitsmargen am Flughafen Zürich zu erhöhen.

Der Gemeinderat vertritt weiterhin die Ansicht, eine Verlängerung der Piste 28 nach Westen ist unnötig und hat bezüglich der Sicherheit keinen Mehrwert. Dabei stützt er sich auf die Umweltverträglichkeitsprüfung der Flughafen Zürich AG zum Betriebsreglement 17. Darin hält die Flughafen Zürich AG selber fest, dass ein Betrieb mit Südstarts (16 straight) weniger fehleranfällig sei, eine erhebliche Erhöhung der Sicherheitsmargen nach sich zieht und den stabilen 70 Flugbewegungen pro Stunde, wie sie im SIL-Objektblatt Flughafen Zürich gefordert werden, gerecht wird. Eine Verlängerung der Piste 28 ist somit nicht notwendig. Die Flughafen Zürich AG investiert 250 Mio. Franken, ohne dass ein betrieblicher Mehrnutzen dafür entsteht.

Weder die KEVU noch die Flughafen Zürich AG waren bisher bereit, der Gemeinde Rümlang schriftlich zu garantieren, dass jegliche Kapazitätserweiterung nach Westen ausgeschlossen ist. Ebenso kein Gehör findet die Forderung nach einem strikten Flugverbot nach 2300 Uhr. Ein solches verbindliches Versprechen fehlt gänzlich, was darauf hindeutet, dass die Pistenverlängerung die erwartete Minderung der Verspätungen nicht erfüllen kann. Unverändert bleibt, dass die Bedürfnisse der Bevölkerung in Rümlang betreffend Lärmreduktionen nach wie vor ungeachtet bleiben, die Pistenverlängerung hätte gravierende Folgen auf den Betriebslärm. Der Gemeinderat wird die Pistenverlängerung weiterhin bekämpfen, solange nicht ausgeschlossen werden kann, dass mehr Starts, auch mit schwereren Flugzeugen, nach Westen erfolgen. Die Ergreifung des Referendums zum künftigen Entscheid des Kantonsrates ist in jedem Fall wahrscheinlich.

Der Gemeinderat nimmt auch zur Kenntnis, dass der Entscheid der KEVU mit 8 zu 7 Stimmen äusserst knapp ausgefallen ist. Offenbar ist es im Vorfeld gelungen, eine sehr grosse Minderheit der KEVU von den Argumenten der Gemeinde Rümlang zu überzeugen. Wir fordern, dass der Kantonsrat, der vertretenen Bevölkerung, in derart knappen Stimmenverhältnissen, keine unnötige und kostspielige Infrastrukturbauten aufzwingt.

Rümlang, 31. März 2023